

Mediengespräch

Bern, 15. Dezember 2011

Einleitende Bemerkungen von Thomas Jordan

Im Folgenden werde ich auf die wichtigsten Entwicklungen im Bereich der Finanzstabilität eingehen, die sich seit der Veröffentlichung unseres jüngsten Finanzstabilitätsberichts vom Juni 2011 ergeben haben. Unsere aktualisierte Analyse bekräftigt den Handlungsbedarf, den wir bereits damals identifizierten: Erstens müssen die Grossbanken angesichts der hohen Risiken im aktuellen internationalen Umfeld ihren Bestand an verlustabsorbierendem Eigenkapital im Rahmen des Möglichen rasch weiter aufbauen. Zweitens ist aufgrund der mittelfristigen Risiken im Immobilienbereich, von denen insbesondere die inlandorientierten Banken betroffen sind, der Aufbau eines Rahmens für eine effiziente makroprudenzielle Politik unerlässlich.

Für die Finanzstabilität relevante Entwicklungen im internationalen Umfeld

Das für die Stabilität des Schweizer Finanzsystems relevante internationale Umfeld hat sich im zweiten Halbjahr 2011 verschlechtert. Wie mein Kollege Philipp Hildebrand bereits erwähnt hat, sind die globalen Wachstumsaussichten gegenwärtig gedämpft. Ein wichtiger Grund dafür stellt die nun seit rund zwei Jahren schwelende Staatsschuldenkrise peripherer Euro-Staaten dar, die mittlerweile auch auf Euro-Kernländer überzuspringen droht. Sie zieht insbesondere den europäischen Bankensektor in Mitleidenschaft, da die Investoren Verluste aufgrund von Abschreibungen auf Staatsanleihen befürchten. Der resultierende Vertrauensverlust in das Bankensystem führt erneut zu einem starken Rückgang der Aktivitäten auf dem Interbankenmarkt, was sich unter anderem in höheren Refinanzierungskosten und Liquiditätsengpässen niederschlägt. Die europäischen Banken wiederum belasten die konjunkturelle Entwicklung, indem sie ihre Kreditvergabe einschränken. Die schwache wirtschaftliche Aktivität erschwert es den betroffenen Staaten zusätzlich, ihren Staatshaushalt zu sanieren. Alle diese Entwicklungen hatten einen starken Anstieg der Kreditrisikoprämien auf den Finanzmärkten zur Folge.

Angesichts dieser gravierenden Lage haben die Länder der Eurozone weitere Massnahmen beschlossen, um die Haushaltsdisziplin dauerhaft zu stärken und das Vertrauen in den europäischen Bankensektor und auf den Finanzmärkten wiederherzustellen. Die tatsächliche Umsetzung dieser Massnahmen ist essenziell, um die Finanzmärkte nachhaltig zu überzeugen.

15. Dezember 2011

2

Insgesamt gehen wir davon aus, dass das internationale Umfeld wohl auf absehbare Zeit von bedeutender Unsicherheit geprägt bleiben wird; entsprechend hoch bleiben auch die Risiken für die Finanzstabilität.

Lage der Schweizer Grossbanken

Die Verschlechterung des internationalen Umfelds ging nicht spurlos an den Schweizer Grossbanken vorbei. Ihre Profitabilität litt im zweiten Halbjahr 2011 unter volatilen Finanzmärkten und geringer Kundenaktivität. Vor diesem Hintergrund und angesichts strengerer regulatorischer Richtlinien haben die UBS und die Credit Suisse eine bedeutende Reduktion ihrer Risiken für die nächsten Jahre angekündigt. Ausserdem bauten sie ihr verlustabsorbierendes Eigenkapital weiter aus.

Die Nationalbank begrüsst diese Massnahmen und betrachtet sie als weitere Schritte auf dem Weg zu einer solideren Eigenkapitalsituation. Jedoch sind zusätzliche Anstrengungen notwendig, denn die Grossbanken verfügen – gemessen an ihrem Risikoprofil und angesichts der bedeutenden Unsicherheiten im internationalen Umfeld – nach wie vor über wenig verlustabsorbierendes Eigenkapital. Damit sie für eine mögliche Verschärfung der aktuellen Lage besser gerüstet sind, müssen die Grossbanken ihre Eigenkapitalsituation weiter verbessern. Das kann erreicht werden, indem die Grossbanken ihre Gewinne einbehalten. Eine weitere Möglichkeit besteht in der Emission von Wandlungskapital («Coco-Bonds» oder Anleihen mit Forderungsverzicht), das ein wichtiger Bestandteil der «Too big to fail»-Regulierung ist. Darüber hinaus können die Grossbanken ihre Kapitalisierung dadurch stärken, dass sie die angekündigte Reduktion ihrer Risiken beschleunigen. Mit der Ausschöpfung dieser Möglichkeiten können die Grossbanken ihre Kapitalsituation rasch und substantiell verbessern.

Lage der inlanderorientierten Banken

Lassen Sie mich nun zur Lage der inlanderorientierten Banken kommen. Bei den meisten inlanderorientierten Banken ist die Kapitalsituation nach wie vor gut. Die Profitabilität – gemessen am Verhältnis zwischen Bruttogewinn und Aktiven – ist aber leicht gesunken, nicht zuletzt wegen der tiefen Zinsmargen. Gleichzeitig sehen sich die inlanderorientierten Banken mit zwei bedeutenden Risikofaktoren konfrontiert: einem unverändert hohen Zinsänderungsrisiko und einem weiter angestiegenen Kreditrisiko.

Das Zinsänderungsrisiko misst das Verlustpotenzial, das bei den Banken aufgrund der unterschiedlichen Zinsbindungen der Forderungen (z.B. Hypotheken) und Verpflichtungen (z.B. Kundeneinlagen) besteht. Während die Zinsbindung der Forderungen zunehmend länger wird, bleibt diejenige der Verpflichtungen sehr kurz.

Das Kreditrisiko erhöhte sich zum einen wegen der Eintrübung der Konjunkturaussichten in der Schweiz. Eine Abschwächung des Wachstums der Schweizer Wirtschaft könnte die inländische Kreditqualität beeinträchtigen, sodass die Banken Teile ihrer Forderungen abschreiben müssten. Zum anderen liess die nach wie vor starke Zunahme der Hypotheken und der Immobilienpreise das Kreditrisiko in den letzten Monaten weiter ansteigen. Die Resultate unserer Umfragen zur Vergabe von Hypothekarkrediten lassen zudem auf eine hohe Risikobereitschaft einzelner Banken schliessen.

15. Dezember 2011

3

In diesem Zusammenhang schickte das Eidgenössische Finanzdepartement (EFD) zwei wichtige Massnahmen in Anhörung, die potenziellen Fehlentwicklungen im Immobilien- und Hypothekarmarkt entgegenwirken sollen: eine risikogerechtere Eigenmittelunterlegung von Hypothekarkrediten und einen antizyklischen Eigenkapitalpuffer.

Mit der risikogerechteren Eigenmittelunterlegung sollen die Anreize bei der Vergabe von Hypothekarkrediten strukturell verbessert werden. Der antizyklische Puffer ist ein Element von Basel III und stellt eine variable Eigenmittelanforderung dar, die nur bei einem übermässigen Kreditwachstum aktiviert wird. Schwächt sich das Kreditwachstum wieder ab, so wird der Puffer deaktiviert. Es handelt sich beim antizyklischen Puffer also nicht um eine permanente Eigenmittelerhöhung, sondern um eine temporäre Anforderung in Ausnahmesituationen.

Der antizyklische Puffer ist ein wesentliches Element des makroprudenziellen Instrumentariums. Im Folgenden will ich daher über die Fortschritte bei der Ausgestaltung der makroprudenziellen Politik in der Schweiz aus Sicht der Nationalbank kurz Bilanz ziehen.

Fortschritte bei der Ausgestaltung der makroprudenziellen Politik

Vor einem Jahr wies die Nationalbank im Rahmen des Mediengesprächs auf die Defizite im Bereich des makroprudenziellen Instrumentariums hin. Wir reagierten damit auf die Aufforderung der Geschäftsprüfungskommissionen des Parlaments, Auftrag und Instrumentarium der Nationalbank im Bereich der Finanzstabilität einer Überprüfung zu unterziehen. Welches sind nun die wichtigsten Fortschritte, die in diesem Jahr bei der Ausgestaltung der makroprudenziellen Aufsicht in der Schweiz – sowohl hinsichtlich der Instrumente als auch der Kompetenzverteilung – erzielt worden sind?

Erstens wurde im Rahmen der vom EFD geleiteten Arbeitsgruppe Finanzstabilität mit dem vorher erwähnten antizyklischen Puffer ein wichtiges makroprudenzielles Instrument konkretisiert. Der Vorschlag zur Ausgestaltung dieses Puffers sieht zudem eine klare Regelung der Verantwortlichkeiten vor: Die Nationalbank stellt nach Anhörung der FINMA einen Antrag betreffend Aktivierung und Höhe des Puffers an den Bundesrat. Dieser fällt dann den Schlussentscheid.

Zweitens wurde im Rahmen der Umsetzung der «Too big to fail»-Regulierung die Entscheidungskompetenz bezüglich Systemrelevanz klar geregelt. Die Gesetzesvorlage erteilt der Nationalbank die Kompetenz zu bezeichnen, welche Banken und welche Funktionen einer Bank systemrelevant sind.

Und drittens soll für die Nationalbank der Zugang zu den Informationen, die für die makroprudenzielle Analyse notwendig sind, verbessert werden. So hat der Bundesrat angekündigt zu prüfen, wie die Nationalbank einen verbesserten Informationszugang zu den Banken erhalten kann, wenn die benötigten Informationen bei der FINMA nicht vorhanden sind. Soweit die bestehende gesetzliche Grundlage dazu nicht ausreicht, beabsichtigt der Bundesrat, dem Parlament bald eine entsprechende Vorlage zu unterbreiten.

15. Dezember 2011

4

Die Nationalbank begrüsst diese Fortschritte bei der Ausgestaltung der makroprudenziellen Politik in der Schweiz. Entscheidend ist aber, dass die entsprechenden Massnahmen tatsächlich umgesetzt werden. Dies ist umso wichtiger, als sich die Gefahr einer Fehlentwicklung auf dem Schweizer Hypothekar- und Immobilienmarkt im auslaufenden Jahr erhöht hat. Dazu kommt, dass die Geldpolitik aufgrund ihrer Fokussierung auf den Mindestkurs derzeit mit den herkömmlichen Instrumenten nicht auf eventuelle Fehlentwicklungen im Hypothekarmarkt reagieren kann. Wir werden uns deshalb in den dafür vorgesehenen Gremien weiterhin für die rasche Umsetzung eines sinnvollen und schlanken Rahmens für die makroprudenzielle Politik einsetzen. Der Entscheid, welcher Rahmen in der Schweiz schliesslich gelten soll, liegt jedoch bei der Politik.